

Ausgabe 8

25. Februar 2021

steuern + recht aktuell

Wichtige Änderungen in Recht und Gesetz

Inhalt

Neues aus der Gesetzgebung & Finanzverwaltung

Empfehlungen der Ausschüsse des Bundesrates zum
Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetz

Aktuelle Rechtsprechung

BFH-Entscheidungen, veröffentlicht am 25. Februar 2021
Weitere Veröffentlichungen vom Tage
Vorsteueraufteilung bei Errichtung eines gemischt genutzten „Stadtteilzentrums“
Rückwirkende Verschmelzung auf den Alleingesellschafter

Business Meldungen

Kommende Transfer-Pricing Veranstaltungen

Terminplaner

Noch Fragen?

Neues aus Gesetzgebung & Finanzverwaltung

Empfehlungen der Ausschüsse des Bundesrates zum
Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetz

Die Ausschüsse des Bundesrates empfehlen dem Bundesrat für die Sitzung am 5. März 2021 u.a. die folgenden Änderungen / Prüfbitten zu verabschieden:

Vorgeschlagene Änderungen mit Blick auf im Regierungsentwurf vorgesehene Regelungen

- **Ersetzen** des Begriffs „**Wirtschaftsgüter**“ in **§ 2 Abs. 5 Satz 5 UmwStG-E** (siehe hierzu der urspr. Beitrag unten) durch die Wörter „Finanzinstrumente oder Anteile“, um klarzustellen, dass sich der Anwendungsbereich von § 2 Abs. 5 UmwStG-E nur auf diese Wirtschaftsgüter erstreckt;
- **Ergänzung** des im Regierungsentwurf vorgesehenen **1 (Abs. 3 – 3c) AStG-E** um Regelungen zu **Finanzierungsbeziehungen** (§ 1 Abs. 3d AStG-E) und zu **Finanzierungsdienstleistungen** (§ 1 Abs. 3e AStG-E) in Umsetzung der Regelungen zu Finanztransaktionen, die im Inclusive Framework on BEPS in den Aktionspunkten 4, 8 bis 10 angesprochen sind und ihre praktische Umsetzung im [Kapitel 10 der OECD-Verrechnungspreisleitlinien](#) aus Februar 2020 gefunden haben;
- weitere Änderungsvorschläge beziehen sich u.a. auf die im Regierungsentwurf vorgesehene Einführung von Regelungen zu Vorabverständigungsverfahren in § 89a AO.

Darüber hinaus vorgeschlagene Regelungen

- **Verlängerung** der im Rahmen des (Ersten) Corona-Steuerhilfegesetzes in **3 Nr. 11a EStG** eingeführten **Steuerbefreiung von Corona-Sonderzahlungen** bis zu einem Betrag von EUR 1.500 **bis zum 31.12.2021**; im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2020 wurde die Steuerbefreiung bereits auf bis zum 30.6.2021 gewährte Beihilfen und Unterstützungen ausgedehnt;
- **Ergänzung** des **2 Abs. 4 Satz 2 UmwStG**, um klarzustellen, dass sich die Regelung – anders als § 2 Abs. 4 in Satz 1 UmwStG – auf den übernehmenden Rechtsträger bezieht, dem nach § 2 Abs. 1 und 2 UmwStG mit dem Übertragungstichtag das Ergebnis der übertragenden Körperschaft als eigenes Einkommen zugerechnet wird;
- **Anhebung der GWG-Grenze** in § 6 Abs. 2 Satz 1 EStG von derzeit EUR 800 auf EUR 1.000 für nach dem 31.12.2010 angeschaffte / hergestellte / in das Betriebsvermögen eingelegte Wirtschaftsgüter und **Streichung des Sammelpostenverfahrens** in § 6 Abs. 2a



EStG (letztmalige Anwendung bei Wirtschaftsgütern, die vor dem 1.1.2021 angeschafft / hergestellt / in das Betriebsvermögen eingelegt worden sind; Weiteranwendung für am 31.12.2010 noch vorhandene Sammelposten); entsprechendes hatte der Bundesrat zuletzt im Rahmen seiner Stellungnahme zum „JStG 2020“ gefordert);

- **gesetzliche Festschreibung** der in **28 des Tonnagesteuererlasses** (BMF v. 12.6.2002, geändert durch BMF v. 31.10.2008) vertretenen Verwaltungsauffassung zur Übertragbarkeit von sog. Unterschiedsbeträgen in Reaktion auf die Rechtsprechung des BFH (Urteile v. 28.11.2019, **IV R 28/19** und v. 29.4.2020, **IV R 17/19**); der BFH hatte entgegen Rz. 28 des Tonnagesteuererlasses entschieden, dass der Begriff des „Ausscheidens“ in § 5a Abs. 4 Satz 3 Nr. 3 EStG jedes Ausscheiden eines Gesellschafters und damit auch Fälle der Übertragung oder Einbringung zu Buchwerten (z.B. § 6 Abs. 3 EStG und § 24 UmwStG) umfasst;
- **Ausschluss** der **Dauerüberzahlerbescheinigung** nach § 44a Abs. 5 EStG aus dem Katalog der eine **Abstandnahme vom Steuerabzug** begründenden Bescheinigungen durch Streichung von § 44a Abs. 10 Satz 1 Nr. 2 EStG mit dem Ziel, (Cum/Cum-)Gestaltungen zur Umgehung der Dividendenbesteuerung unter Nutzung einer Dauerüberzahlerbescheinigung zu verhindern;
- Ergänzung des § 162 AO um Regelungen zur Anmeldung der Umsatzsteuer-Sondervorauszahlung nach § 48 Abs. 2 UStDV.

Prüfbitten

- Prüfung einer **Ergänzung der Definition des Begriffs der nahestehenden Person** in **1 Abs. 2 AStG** um einen (klarstellenden) Hinweis bzgl. **Netzwerkgesellschaften und deren Organisationseinheiten** z.B. durch **Einfügung einer widerlegbaren Vermutung** in § 1 Abs. 2 Nr. 3 AStG, **nach der** bei allen Beteiligten an Netzwerken und deren Organisationseinheiten **von einem eigenen Interesse an der Erzielung der Einkünfte** des anderen **auszugehen ist**; nach der diesbezüglichen Begründung (vgl. Seite 22) wird bei der steuerlichen Prüfung der an solchen Netzwerken beteiligten Gesellschaften häufig das Nahestehen nach § 1 Abs. 2 AStG bestritten, sodass die regelmäßig hohen Zahlungen in internationale Netzwerke, die im Inland als Betriebsausgaben einkommensmindernd erfasst werden, auch bei Vereinbarung fremdunüblicher Bedingungen keiner Einkommenskorrektur nach § 1 AStG zugänglich sind, wobei die Zahlungsströme dabei häufig in Steueroasen enden würden;
- Prüfung einer **weitergehenden steuerlichen Entlastung des Erwerbs von** (Atem-)Schutzmasken bzw. Mund-Nase-Bedeckungen (**Schutzmasken**) durch **(a)** Ausweitung der Steuerfreistellung des Sachbezugs, der zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn vom Arbeitgeber in der Zeit vom 1.3.2020 bis zum 31.12.2021 (ab 2021 nur für medizinische Masken) aufgrund der Corona-Krise an seinen Arbeitnehmer in der Form der Überlassung von Schutzmasken gewährt wird, auf Fälle der

Überlassung zur privaten Nutzung und **(b)** Ermöglichung eines pauschalen Sonderausgabenabzugs für die VZ 2020 und 2021 (ab 2021 nur für medizinische Masken) i.H.v. EUR 200 bzw. EUR 400 (bei Zusammenveranlagung);

- Prüfung der **Praxistauglichkeit** der im Regierungsentwurf vorgesehenen Erweiterung des Umfangs der in Steuerbescheinigungen auszuweisenden Angaben insb. bei Kapitalerträgen aus girosammelverwahrten Aktien und Einführung von diesbezüglichen Meldepflichten (§ 45b EStG-E) sowie Prüfung der Einführung einer betragsmäßigen Schwelle, ab der die erweiterten Angaben in der Steuerbescheinigung einzufordern sind.

Fundstelle

BR-Drs. 50/1/21.

Aktuelle Rechtsprechung

BFH-Entscheidungen, veröffentlicht am 25. Februar 2021

Urteil IV R 29/18: Wegfall gewerbesteuerlicher Fehlbeträge bei Abspaltung

12. November 2020

Scheidet infolge einer Abspaltung eine Kapitalgesellschaft als Mitunternehmerin aus einer Mitunternehmerschaft aus, gehen die vortragsfähigen Gewerbeverluste der Mitunternehmerschaft insoweit unter, als diese der Kapitalgesellschaft zugerechnet werden. § 19 UmwStG und § 10a Satz 10 Halbsatz 1 GewStG gelten nicht für Fehlbeträge einer Mitunternehmerschaft. § 8c Abs. 1 Satz 5 KStG findet keine Anwendung auf die Übertragung von Anteilen an einer Mitunternehmerschaft.

[Zum Urteil](#)

Urteil V R 20/20 (V R 61/17): Vorsteuerberichtigung bei Erfolglosigkeit

27. Oktober 2020

Entfällt bei einem Gegenstand, den der Unternehmer zunächst gemischt für steuerpflichtige und steuerfreie Umsätze genutzt hatte, die Verwendung für die steuerpflichtigen Umsätze, während der Unternehmer die Verwendung für die steuerfreien Umsätze fortsetzt, kann dies zu einer Vorsteuerberichtigung nach § 15a UStG führen. Demgegenüber bewirkt der bloße Leerstand ohne Verwendungsabsicht keine Änderung der Verhältnisse.

[Zum Urteil](#)

Urteil IX R 34/18: Nachsteuer i.S. des § 34a Abs. 4 Satz 2 EStG als Bestandteil der Bemessungsgrundlag e für den Solidaritätszuschlag

10. November 2020

Die Nachsteuer erhöht die festzusetzende Einkommensteuer und damit die Bemessungsgrundlage für den Solidaritätszuschlag (Bestätigung des BMF-Schreibens vom 11.08.2008, BStBl I 2008, 838, Rz 27).

[Zum Urteil](#)



Weitere Veröffentlichungen vom Tage:

Urteil III R 49/18: Kindergeldrechtliche Berücksichtigung eines Kindes, das wegen einer Erkrankung keine Berufsausbildung beginnen kann

12. November 2020

Zum Urteil, siehe auch die [Pressemitteilung 005/21](#).

Urteil IX R 32/19: Zur Frage des Rückflusses von Werbungskosten bei einvernehmlicher Beilegung des Rechtsstreits um die Haftung eines Kreditinstituts im Zusammenhang mit der Vermittlung von sog. Schrottimmobilien

10. November 2020

Zum Urteil

Urteil VIII R 19/18: Zur Aufteilung der Einkommensteuerschuld des Insolvenzschuldners bei vom Insolvenzverwalter beantragter Zusammenveranlagung und zur Berücksichtigung des Altersentlastungsbetrages

27. Oktober 2020

Zum Urteil

Urteil I R 12/17: Feststellung des Einlagekontos für BgA - sachlich-abstrakte Betrachtung

30. September 2020

Zum Urteil

Urteil VIII R 14/17: Aufrechnung eines Rechtsanwalts mit Honoraransprüchen gegen den Anspruch des Mandanten auf Herausgabe von Fremdgeld in der Einnahmen-Überschuss-Rechnung

29. September 2020

Zum Urteil

Urteil VIII R 10/17: Zum Begriff der erzieherischen Tätigkeit i.S. des § 18 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 EStG

29. September 2020

Zum Urteil

Urteil III R 2/19: Bindungswirkung eines Ablehnungsbescheids

09. September 2020

Zum Urteil

Urteil III R 1/18: Investitionszulagenrechtliche Zugehörigkeits- und Verbleibensvoraussetzungen bei Verkauf einer Betriebsstätte

30. Juli 2020

Zum Urteil

Rechtsprechung im Blog

Vorsteueraufteilung bei Errichtung eines gemischt genutzten „Stadtteilzentrums“

Bestehen bei Gebäuden, die teilweise umsatzsteuerpflichtig und teilweise umsatzsteuerfrei verwendet werden, erhebliche Unterschiede in der Ausstattung der verwendeten Räume, sind die Vorsteuerbeträge nach dem (objektbezogenen) sog. Umsatzschlüssel aufzuteilen. Dies hat der Bundesfinanzhof (BFH) in einem aktuellen Urteil entschieden und bestätigte damit seine Rechtsprechung (XI R 31/09, siehe unseren [Blogbeitrag](#)).

Sachverhalt

Im Urteilsfall errichtete die Klägerin in den Jahren 2009 und 2010 einen gemischt genutzten Gebäudekomplex mit einem Supermarkt, der umsatzsteuerpflichtig verpachtet wird, sowie einer Senioren-Wohnanlage, die umsatzsteuerfrei verpachtet wird („Stadtteilzentrum“).

Da bei gemischt genutzten Gebäuden der Vorsteuerabzug nur zulässig ist, soweit die bezogenen Eingangsleistungen (hier: Baumaterial, Handwerkerleistungen etc.) für steuerpflichtige Ausgangsumsätze verwendet werden, musste die Klägerin die auf das Gebäude entfallende Vorsteuer nach § 15 Abs. 4 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) aufteilen.

Dies tat sie zunächst nach dem sog. Flächenschlüssel (dem Anteil der steuerpflichtig verpachteten Flächen des Gebäudes an der Gesamtfläche), was dazu führte, dass nur knapp ein Drittel der Vorsteuer abziehbar war. Später machte die Klägerin geltend, dass wegen der erheblichen Ausstattungsunterschiede der verpachteten Flächen die Vorsteueraufteilung nach dem sog. Umsatzschlüssel (dem Anteil der steuerpflichtigen Umsätze des Gebäudes an den gesamten Umsätzen) vorzunehmen sei, so dass ca. die Hälfte der Vorsteuer abziehbar sei.

Dies lehnte das Finanzamt ab; dem folgte das Finanzgericht Nürnberg. Das „Stadtteilzentrum“ sei (ungeachtet seiner grundbuchrechtlichen Teilung) ein einheitliches Gebäude und die Eingangsleistungen seien trotz der erheblichen Ausstattungsunterschiede der Flächen (Supermarkt einerseits, Seniorenwohnanlage andererseits) im Wesentlichen gleichartig.

Entscheidung des BFH

Der BFH beurteilte dies anders und entschied, dass unter der Prämisse, dass ein einheitliches Gebäude vorliegt, im Streitfall der Umsatzschlüssel anwendbar sei.

Steuerpflichtig genutzt werde umsatzsteuerrechtlich ein bestimmter Prozentsatz des „Stadtteilzentrums“, was den Rückgriff auf die konkrete Ausstattung eines bestimmten Gebäudeteils ausschließe. Außerdem müsse nicht der Steuerpflichtige beweisen, dass der Umsatzschlüssel präziser ist als ein Flächenschlüssel – vielmehr dürfe das Finanzamt den Flächenschlüssel nur anwenden, wenn er präziser ist.

Dass die Klägerin selbst zunächst zur Vorsteueraufteilung den Flächenschlüssel gewählt hatte, war aus Sicht des BFH ebenfalls unschädlich, weil keine Bindung an den vom Steuerpflichtigen gewählten Schlüssel besteht, wenn dieser – wie im Streitfall – nicht sachgerecht ist. Der BFH konnte den Streitfall allerdings nicht selbst abschließend entscheiden; denn das Finanzgericht, an das der Rechtsstreit



zurückverwiesen wurde, muss noch die Höhe der geltend gemachten Vorsteuerbeträge prüfen sowie ermitteln, ob Rechnungen vorlagen, die in den Streitjahren den Vorsteuerabzug erlaubten.

Fundstelle

BFH, Urteil vom 11. November 2020 ([XI R 7/20](#)), veröffentlicht am 18. Februar 2021, vgl. die [Pressemitteilung 004/20](#) des BFH.

Rückwirkende Verschmelzung auf den Alleingesellschafter

Die in § 2 Abs. 1 Satz 1 UmwStG 2002 angeordnete Rückwirkung betrifft nur die Ermittlung des Einkommens der übertragenden Körperschaft und der Übernehmerin. Diese Norm führt daher nicht zum Entstehen eines Übernahmegewinns bei einem bereits verstorbenen Gesellschafter einer Kapitalgesellschaft, wenn diese Gesellschaft nach dem Todestag rückwirkend auf ihren neuen Alleingesellschafter verschmolzen wird. Dies hat der Bundesfinanzhof (BFH) in einem aktuellen Urteil entschieden.

Sachverhalt

Die Kläger sind Eheleute, die im Streitjahr 2005 zur Einkommensteuer zusammenveranlagt werden. Der Kläger war zunächst mit 48 % an einer GmbH beteiligt; die weiteren 52 % der Anteile hielt sein Vater, der im Streitjahr (2005) verstarb. Der Kläger erhielt vermächtnisweise auch dessen GmbH-Anteile und ist seitdem Alleingesellschafter der GmbH.

Im Jahr 2006 wurde die GmbH mit dem Vermögen des Klägers als ihres nunmehrigen Alleingeschafters verschmolzen. Als steuerlicher Übertragungsstichtag wurde ein Zeitpunkt, der vor dem Tod des V lag, bestimmt. Auf diesen Tag stellte die GmbH eine Schlussbilanz auf.

In ihrer Einkommensteuererklärung für das Streitjahr 2005 ermittelten die Kläger einen Übernahmegewinn gemäß § 4 Abs. 4 des Umwandlungssteuergesetzes 1995/2002 in der im Streitjahr geltenden Fassung (UmwStG 2002). Diesen rechneten sie zu lediglich 48 % dem Kläger zu.

Demgegenüber setzte das Finanzamt in dem angefochtenen Einkommensteuerbescheid den gesamten steuerpflichtigen Übernahmegewinn bei den Einkünften aus Gewerbebetrieb des Klägers an.

Die Klage vor dem Finanzgericht München blieb ohne Erfolg.

Entscheidung des BFH

Der BFH hat sich der Entscheidung der Vorinstanz angeschlossen und die Revision als unbegründet zurückgewiesen.

Zutreffend hat das Finanzgericht § 2 Abs. 1 Satz 1 UmwStG 2002 dahingehend ausgelegt, dass diese Norm nicht rückwirkend zum Entstehen eines Übernahmegewinns bei einem bereits verstorbenen Gesellschafter einer Kapitalgesellschaft führt, wenn diese Gesellschaft nach dem Todestag auf ihren neuen Alleingesellschafter verschmolzen wird.

Das Vermögen der GmbH ist zivilrechtlich erst mit der Eintragung der Verschmelzung im Handelsregister auf den Kläger übergegangen (§ 20 Abs. 1 Nr. 1 UmwG; vgl. BFH, Urteil vom 24. April 2008, IV R 69/05, unter II.B.1.a). Ertragsteuerrechtlich eröffnet § 2 Abs. 1 Satz 1 UmwStG 2002 (i. V. mit § 17 Abs. 2 Satz 4 UmwG) aber die Möglichkeit einer begrenzten Rückwirkung.

Nach seinem Wortlaut betrifft § 2 Abs. 1 Satz 1 UmwStG 2002 allein die Einkommensermittlung „der übertragenden Körperschaft sowie der Übernehmerin“. Im vorliegenden Fall ist die Rückwirkung also ausschließlich in Bezug auf die GmbH und den Kläger – als Übernehmer – angeordnet. Frühere Gesellschafter der übertragenden Körperschaft sind hingegen in § 2 Abs. 1 Satz 1 UmwStG 2002 nicht erwähnt. Auch § 4 UmwStG 2002 regelt kraft seiner amtlichen Überschrift und seines Norminhalts ausschließlich die „Auswirkungen auf den Gewinn der übernehmenden Personengesellschaft“ bzw. im – hier gegebenen – Fall des § 9 UmwStG 2002 die Auswirkungen auf den Gewinn der übernehmenden natürlichen Person. Die Gewinnermittlung bei früheren – insbesondere bei während des Rückwirkungszeitraums verstorbenen – Gesellschaftern ist nicht Regelungsgegenstand dieser Norm.

Auf dieser Grundlage ist auch die Entscheidung des Finanzgerichts zu bestätigen, den Übernahmegewinn in Anwendung des § 4 Abs. 4 i.V.m. § 5 Abs. 2 UmwStG 2002 allein dem Kläger zuzurechnen.

Die Einlagefiktion des § 5 Abs. 2 UmwStG 2002 ist auch dann anzuwenden, wenn Anteile an der übertragenden Körperschaft, die unter § 17 EStG fallen, zwischen dem steuerlichen Übertragungstichtag und dem zivilrechtlichen Wirksamwerden der Verschmelzung unentgeltlich übertragen werden.

Fundstelle

BFH, Urteil vom 08. September 2020 ([X R 36/18](#)), veröffentlicht am 18. Februar 2021.



Weitere interessante News und Entscheidungen finden Sie in unserem Blog Steuern & Recht

HIER

Business Meldungen

Kommende Transfer-Pricing Veranstaltungen:

PwC - Webcast für “Japanese Inbound Companies 2021 (Transfer Pricing Audit Defense)” – 09.03.2021, 09:00 – 10:00 Uhr mit Susann van der Ham (Partner Transfer Pricing), Noriaki Ishigami (Senior Manager Transfer Pricing) & Daniel Retzer (Senior Manager Transfer Pricing)

(Please note that this webcast will be mainly held in Japanese. Our German TP experts will speak in English during the panel discussion, a summary of what was said will be given in Japanese afterwards)

German tax authorities previously performed tax audits by referring to the Administrative Principles on Transfer Pricing Procedures, released on April 12th, 2005 ("2005 Administrative Principles Procedures"). In December 2020, however, the German Federal Ministry of Finance published the 2020 Administrative Principles, which updated some content and focused on the involved parties' obligation to cooperate and on the estimation of tax bases and penalties on which this webcast for Japanese inbound companies will mainly focus on.

PwC – Webcast „End-to-End Transfer Pricing: Unternehmenssteuerung und Verrechnungspreise im Einklang“ – 13.04.2021, 09:00 – 10:00 Uhr mit Andre Jaekel (Senior Manager Transfer Pricing), Yaroslav Lindyuk (Manager Transfer Pricing) & Andreas Brüheim (Senior Manager Advisory - Business Consulting)

Die interne Verrechnung von Waren- & Dienstleistungen innerhalb eines Konzerns steht immer wieder vor neuen Herausforderungen. Aus Controlling-Perspektive soll die Verrechnung der konzerninternen Leistungsströme zunehmend automatisiert werden. Aus steuerlicher Perspektive müssen zunehmend detailliertere Daten vorhanden sein, um den wachsenden Dokumentationsanforderungen für konzerninterne Verrechnungspreise gerecht zu werden (siehe auch die neuen Verwaltungsgrundsätze vom 04.12.2020 des BMF). Die neuen verrechnungspreislichen Herausforderungen können nur durch eine stärkere Verzahnung von Verrechnungspreisen und Controlling - also "End-to-end" - gelöst werden. Unser Webcast beleuchtet diese Herausforderungen und insbesondere folgende Themen:

- *Was sind die Herausforderungen aus Controlling- und steuerlicher Perspektive?*
- *Wie kann man diesen Herausforderungen in einem gesamtheitlichen Ansatz begegnen?*
- *Welche Rolle spielt Technologie wie dabei (z.B. SAP ERP und PaPM)?*

Transfer Pricing Conference 2021 in KW 18 (virtuelle, halbtägige Messe als Ersatz zum altbekannten TP-Roadshow Format)

Merken Sie sich gerne unsere Transfer Pricing Conference 2021 Anfang Mai in Ihrem Kalender vor, in der Axel Eigelshoven (Transfer Pricing Country Leader Germany) und weitere PwC-Vertreter in einem virtuellen Format aktuelle Themen aus Betriebsprüfungen mit unseren Gästen Dr. Stefan Greil (Referent und Lehrbeauftragter Internationale Unternehmensbesteuerung & Informationsaustausch, Berlin) und Industrievertretern aus mittelständischen Unternehmen sowie Großunternehmen diskutieren werden. Und nutzen Sie die

Möglichkeit unsere Workshops zu besuchen, die u.a. folgende Themen beinhalten werden:

1. *Die neue Weltsteuerordnung - Aktuelles zu den Pillar One Überlegungen der OECD*
2. *Technologielösungen zur Verrechnungspreissteuerung*
3. *Steuerstrafrecht und Verrechnungspreise*
4. *Home-Office während und nach der Pandemie - Würdigung aus Steuer- und Verrechnungspreissicht*
5. *Treasury Management und Verrechnungspreise*

Im anschließenden Rundgang über die virtuelle Messe, stehen Ihnen unsere PwC-Vertreter mit Rat zur Seite und freuen sich darauf, Ihnen unsere Transfer Pricing Technology Tools vorzustellen (u.a. MARTA Tool, CbCR Reporting, E2E, Service Charge Tool, Data & Analytics, GlobalDoc)

Der Einladungsversand sowie die Verkündung der exakten Agenda erfolgen voraussichtlich Mitte März. Falls Sie eine Einladung zu dieser Veranstaltung wünschen, wenden Sie sich gerne an unseren organisatorischen Ansprechpartner Philipp Herr (philipp.herr@pwc.com).

Terminplaner

Aktuelles zur Umsatzsteuer 2021
16.03. und 23.03., Webcast

ZUM SEMINAR

Wir freuen uns auf Sie!



Alle aktuellen Veranstaltungen finden Sie in der PwC Veranstaltungssuche.

VERANSTALTUNGSSUCHE

Noch Fragen?

Dann sprechen Sie bitte Ihren PwC-Berater an oder senden Sie eine E-Mail.

E-MAIL SENDEN



Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer für Sie tätigen Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

Bestellung und Abbestellung

Wenn Sie einen PwC-Newsletter bestellen, speichern und verarbeiten wir Ihre E-Mail-Adresse zum Zweck des Versands des von Ihnen abonnierten Newsletters.

Falls Sie „steuern+recht aktuell“ nicht mehr erhalten möchten, senden Sie bitte eine entsprechende E-Mail-Nachricht an:

ANMELDEN

ABMELDEN

Redaktion

Gabriele Nimmrichter
PricewaterhouseCoopers GmbH
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37
60327 Frankfurt am Main
Tel.: (0 69) 95 85-5680
gabriele.nimmrichter@de.pwc.com

Gunnar Tetzlaff
PricewaterhouseCoopers GmbH
Fuhrberger Straße 5
30625 Hannover
Tel.: (0 511) 53 57-3242
gunnar.tetzlaff@de.pwc.com

Datenschutz

Die Datenverarbeitung für den Versand des Newsletters erfolgt aufgrund der Grundlage Ihrer Einwilligung. Sie können den Newsletter jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abbestellen und Ihre Einwilligung damit widerrufen

© 2021 PwC. All rights reserved. PwC refers to the PwC network and/or one or more of its member firms, each of which is a separate entity.

Please see www.pwc.com/structure for further details.